

# Umweltbewusstsein in Deutschland

05.09.2022

## Umwelt- und Klimaschutz bleibt wichtig

Das Jahr 2020 war stark durch die Corona-Pandemie geprägt – und trotzdem ist der Umwelt- und Klimaschutz für die Menschen in Deutschland ein Top-Thema geblieben. Von 65 Prozent der Befragten wird er als sehr wichtig eingeschätzt und somit ähnlich wie 2018 (64 Prozent) und etwas geringer als 2019 (68 Prozent). In der Zusammenschau mit anderen Themen liegt der Umwelt- und Klimaschutz mit dem Zustand des Bildungswesens (von 78 Prozent als „sehr wichtig“ benannt), dem Zustand des Gesundheitssystems (73 Prozent), sozialer Gerechtigkeit (66 Prozent) und dem Verlauf und den Folgen der Corona-Pandemie (62 Prozent) im Feld der gesellschaftlichen Themen, die 2020 als am wichtigsten eingeschätzt wurden.

## Die Menschen betrachten den Zustand der Umwelt kritisch

Die seit der Umweltbewusstseinsstudie von 2018 zu beobachtende Tendenz zur negativeren Beurteilung der Umweltqualität in Deutschland sowie in der eigenen Stadt oder Gemeinde setzt sich fort. Wie in den Vorjahren halten

60 Prozent der Befragten im Jahr 2020 die Qualität der Umwelt in Deutschland für sehr gut oder eher gut. In der eigenen Stadt oder Gemeinde sind es 73 Prozent, die den Zustand der Umwelt positiv bewerten.

Besonders divergiert die Bewertung der Umweltqualität zwischen Inland und Ausland. So schätzen nur elf Prozent die weltweite Umweltqualität als gut ein, während 89 Prozent sie als eher schlecht oder schlecht einstufen.

## **Hohe Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikfeldern**

Weite Teile der Bevölkerung befürworten einen größeren Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes in anderen Politikfeldern. Vor allem in der Energiepolitik (70 Prozent), der Landwirtschaftspolitik (59 Prozent), der Städtebaupolitik / Stadt- und Regionalplanung (57 Prozent) sowie der Verkehrspolitik (51 Prozent) sollte Umwelt- und Klimaschutz nach Meinung der Befragten eine übergeordnete Bedeutung haben. Diese Einschätzungen bewegen sich seit 2018 auf hohem Niveau.

Eine leichte Abwärtstendenz ist dabei bei der Landwirtschaftspolitik zu verzeichnen (von 68 Prozent im Jahr 2018 auf 59 Prozent im Jahr 2020). Dagegen sind insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik seit 2018 auffällige Anstiege zu beobachten (von 34 Prozent im Jahr 2018 auf 47 Prozent im Jahr 2020). Neu hinzugekommen sind die Bildungspolitik (32 Prozent) und

die Gesundheitspolitik (27 Prozent).

## **Kritische Bewertung der Leistung relevanter Akteure**

Die große Unzufriedenheit mit dem Handeln verantwortlicher Akteur\*innen, die sich mit den stark gesunkenen Werten im Jahr 2018 zeigte, ist etwas zurückgegangen. Insbesondere die sehr kritische Bewertung des Handelns der Bundesregierung hat sich etwas abgemildert: Während 2018 nur 14 Prozent der Befragten meinten, die Bundesregierung tue „genug“ oder „eher genug“ für den Umwelt- und Klimaschutz, ging dieser Wert 2019 leicht nach oben (18 Prozent) und stieg weiter an auf 26 Prozent im Jahr 2020.

Bezogen auf die Städte und Gemeinden waren im Jahr 2020 34 Prozent der Befragten mit dem Handeln zufrieden, dieser Wert ist gegenüber den Vorjahren recht stabil. Von Industrie und Wirtschaft meinten 16 Prozent (bis 2019 nur „Industrie“, mit 11 Prozent), dass sie genug täten. Bei den Bürger\*innen waren es 21 Prozent, was eine Verschlechterung gegenüber 2019 (27 Prozent) darstellt. Die Befragten schauen offenbar wieder kritischer auf ihr eigenes Handeln und auf das ihrer Mitmenschen.

## **Beim Klimawandel wird das Handeln der Menschen mehrheitlich als Hauptursache gesehen**

Die Befragungsergebnisse sprechen für ein hohes

Interesse und eine gute Informiertheit zum Thema Klimawandel und Klimaschutz innerhalb der Bevölkerung. Knapp drei Viertel der Befragten sind nach eigener Angabe sehr (27 Prozent) oder ziemlich (47 Prozent) am Thema Klimawandel und Klimaschutz interessiert. Etwa zwei Drittel schätzen ihren eigenen Informationsstand als gut (52 Prozent) oder sehr gut (8 Prozent) ein. Gut drei Viertel der Befragten sehen ausschließlich (14 Prozent) oder vor allem (63 Prozent) menschliches Handeln als Ursache für den Klimawandel an. Etwa ein Fünftel (19 Prozent) sieht das Handeln der Menschen als gleichwichtige Teilursache des Klimawandels. Nur ein sehr kleiner Teil der Befragten glaubt, dass der Klimawandel vor allem auf natürliche Prozesse zurückzuführen ist (vier Prozent) oder dass es keinen Klimawandel gibt (ein Prozent).

## **Bei Ernährung und Landwirtschaft werden große Handlungsbedarfe gesehen**

Im Handlungsfeld Ernährung und Landwirtschaft sehen die Befragten deutliche Defizite und damit großen Handlungsbedarf hinsichtlich einer stärkeren umweltverträglichen Ausrichtung. Hinsichtlich der meisten abgefragten Ziele herrscht die Einschätzung vor, dass dafür nicht oder eher nicht genug getan werde. Dies betrifft allen voran die Ziele „Verpackungsmüll reduzieren“ (93 Prozent), „für weniger Lebensmittelabfälle sorgen“ (89 Prozent), „den Rückgang der Artenvielfalt aufhalten“

(86 Prozent) und „das Wohlergehen von Nutztieren gewährleisten“ (85 Prozent).

Gefragt nach möglichen Maßnahmen für eine umweltverträglichere Lebensmittelversorgung und -herstellung gab es mehrheitlich eine deutliche Zustimmung, diese umzusetzen. Ganz vorne rangieren die Maßnahmen „Verschärfung der Anforderungen an Verpackungen“ (93 Prozent), „Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten“ (96 Prozent), „Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden“ (93 Prozent), „Einführung eines einheitlichen Tierwohl-Gütesiegels“ (92 Prozent) und „stärkere Förderung des Ausbaus der ökologischen Landwirtschaft“ (92 Prozent). Die vergleichsweise geringste Zustimmung gab es zur Maßnahme „das Angebot an vegetarischen und veganen Speisen in Kantinen und Restaurants verbessern“ (63 Prozent).

## **Eine sozial-ökologische Transformation bei der Mobilität trifft auf breite Zustimmung**

Auch im Verkehrs- und Mobilitätsbereich sehen die Befragten einen großen politischen Handlungsbedarf. So werde zum Beispiel nach Ansicht von 80 Prozent der Befragten nicht genug dafür getan, dass „die Alltagswege praktikabel und bequem ohne Auto zurückgelegt werden können“. Auch mit den Anstrengungen, um „die Treibhausgasemissionen durch den Verkehr reduzieren“ (80 Prozent) oder „Luftschadstoffe wie Stickoxide und

Feinstaub zu verringern“ (75 Prozent), sind die Menschen in Deutschland mehrheitlich nicht zufrieden. Auch dafür, dass „die Alltagswege kostengünstig zurückgelegt werden können“ (81 Prozent), werde laut Befragung nicht genug getan.

Entsprechend zeichnete sich eine große Zustimmung zu den vorgestellten Maßnahmen für einen sozial-ökologischen Wandel bei der Mobilität ab. Klar befürwortet werden ein kostengünstigerer öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV; 93 Prozent) sowie Verbesserungen beim ÖPNV-Netz und seiner Taktung (89 Prozent), mehr Radwege und Fahrradstreifen (84 Prozent) sowie ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen (64 Prozent).

## **25-jähriges Jubiläum der Studie zum Umweltbewusstsein in Deutschland**

Im Zweijahresrhythmus werden seit 1996 Daten zu Umwelteinstellungen und -verhalten erhoben und im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet. Diese sind eine wichtige Grundlage für die Gestaltung von Umweltpolitik und Umweltkommunikation. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der regelmäßig durchgeführten Repräsentativbefragungen hat das Umweltbundesamt im April 2021 das Hintergrundpapier „25 Jahre Umweltbewusstseinsforschung im Umweltressort“ herausgegeben. Das Hintergrundpapier blickt auf die langfristigen Entwicklungen zurück und stellt

einige aktuelle Ergebnisse vor. In der Rückschau zeigt sich zum Beispiel, dass das Umweltbewusstsein aktuell so hoch ist, wie es zuletzt in den 1980er Jahren war. Für die neueste Repräsentativerhebung wurden im November und Dezember 2020 rund 2.000 Personen zu ihrem Umweltbewusstsein und Umweltverhalten befragt. Die Befragung erfolgte anhand eines standardisierten Online-Fragebogens durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) in Zusammenarbeit mit dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE). Das im Rahmen der Umweltbewusstseinsstudie 2018 entwickelte Messinstrument, das drei zentrale Dimensionen des Umweltbewusstseins abbildet, kam dabei erneut zum Einsatz. Die Kenngrößen für Umweltaffekt und Umweltkognition – also die emotionale Beteiligung und die rationale Einschätzung bezüglich der umweltbezogenen Herausforderungen – erreichten im 2020 ähnliche Werte wie in den Jahren 2018 und 2019. Beim Umweltverhalten, also dem aktiven umweltbewussten Handeln, zeichnete sich im Jahr 2020 ein leichter Aufwärtstrend ab.